



Ethno-Medizinisches Zentrum

**Königsstraße 6
30 451 Hannover**

Geschäftsstelle
Langer Garten 23 B
31137 Hildesheim
Tel.: 0 51 21 / 10 26 86
Fax: 0 51 21 / 3 16 09
e-mail: gesundheit@nds-fluerat.org
www.spuk.info

Hildesheim, 11. 11. 2003

Protokoll 2. Vernetzungsforum Gesundheit von Flüchtlingen 1.11. in Hannover

Teilnehmende:

Ute Grajetzki, Aids-Hilfe, Susanne Baldin, amnesty international, Gudrun Siebel, evang. Kirche, Karim Alwasiti, Nds. Flüchtlingsrat, Dorothee Ruyter, Ärztin, Jochen Plitt, Rechtsanwalt, Sophia Engelberts, Studierende, Sigmar Walbrecht, SPUK-Projekt, Inge Hüffmeier, Deutsch-Ausländische Gemeinschaft e.V., Cornelia Stocker, RA Büro Waldmann-Stocker, Andreas Neuhoff, Rechtsanwalt, Elmar Kiefert, ethno-medizinisches Zentrum e.V., Abdou-Karim Sané, Freundeskreis Tambacounda e.V., Tanja Gongala, Freundeskreis Tambacounda e.V., Gisela Penteker, Ärztin, Karin Loos, SPUK-Projekt

Das Protokoll stellt eine Zusammenfassung der wichtigsten Anregungen und Informationen dar, die bei dem Vernetzungsforum besprochen wurden. Eine Abbildung der Diskussion von Einzelfällen wird nicht vorgenommen.

Auf die verteilten Materialien wird hingewiesen, sie können soweit nicht anders angegeben beim SPUK-Projekt bezogen werden.

Dabei sei insbesondere auch auf die mehrsprachigen Informationsbroschüren zur Aids-Prävention, -beratung und -behandlung verwiesen, die an alle die nicht teilnehmen konnten, mit verschickt werden.

Problemfocus HIV/Aids :

Unter den Neuinfizierten **HIV-positiven Personen**, sind etwa 25 % MigrantInnen. Deswegen will die Aids-Hilfe verstärkt neue Wege der Prävention gehen und sucht dabei insbesondere auch die Vernetzung mit den Gruppen und Personen der Migrationsarbeit und Flüchtlingshilfe. Es sind zu dem Gesamthemenkomplex viele Fremdspracheninformationen vorhanden. Es besteht jedoch oftmals ein Vertrauensproblem der Betroffenen. Insbesondere bei Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus existieren große Ängste sich an eine Aids-Beratungsstelle zu wenden. Hier herrscht auch Unklarheit über die unabhängige und anonyme Arbeit der Aids-Hilfen. Die Angst vor Ausgrenzung und Stigmatisierung ist hier besonders hoch. In manchen

Kulturkreisen gibt es besondere Tabus im Hinblick auf Sexualität bzw. auch ein besonderes Verständnis von Krankheiten.

Problemfocus weibliche Genitalverstümmelung:

Ebenfalls in einem Tabubereich agiert der Verein Tambacounda e.V. Die Verhinderung weiblicher Genitalverstümmelung ist ein Thema das alle angeht auch Männer. Im Hinblick auf die Frage der Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung spielt drohende oder erlittene Genitalverstümmelung ebenfalls eine Rolle. Genitalverstümmelung kann auch ein Auslöser für Traumatisierung sein. Im Flüchtlingsrat liegen drei verschiedene VG Urteile vor, die die derzeitige Spruchpraxis zu dem Thema umreißen.

Problemfocus Posttraumatische Störungen/Krankheiten/ Traumatisierung:

Im Hinblick auf die Frage der frühzeitigen Erkennung von Traumatisierungen bei Flüchtlingen und eine entsprechende Behandlung wird erneut die Voraussetzung von Schutz und Sicherheit als Grundlage jeder vernünftigen Therapie herausgestellt. Zur früheren Erkennung wird weiterhin eine stärkere Sensibilisierung des Bundesamtes aber auch eine frühzeitige Einbeziehung von Sachverständigen und eine umfassende Gesundheitsberatung für neuankommende Flüchtlinge für notwendig erachtet. Dabei ist festzustellen, daß das BafI und andere Behörden sich zwar verstärkt zum Thema fortbilden, dabei aber auch ihre eigenen Argumente schärfen und weiter auch gegen fundierte, wissenschaftlich fundierte fachärztliche Gutachten argumentieren.

Dabei wird immer wieder festgestellt, daß auch qualifizierte Gutachten renommierter Institute bei Gericht nicht adäquat ins Verfahren eingebracht werden, bzw. die Aussagen verworfen werden. Dabei gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Gerichten.

Hier wird angeregt eine Leitliniendiskussion zu initiieren, die die Einsicht der Justiz in die Notwendigkeit von Sachverständigengutachten vertieft.

So hat es bspw. in den letzten Jahren erhebliche Veränderung in der Rechtsprechung bspw. zu Sexualstraftaten gegeben, hier wird kein Richter mehr ohne psychologischen/ärztlichen Sachverständigen entscheiden. Dies hat auch zu einer Forensifizierung der Psychiatrie und entsprechender Ausbildungsstandards geführt.

Die psychologischen, psychotherapeutischen Fachverbände, das Institut für Sozialmedizin und auch die Ärztekammer sind hier Bündnispartner mit unterschiedlich intensiven Aktivitäten in dieser Richtung. Die bundesweite Arbeitsgruppe zur Standardisierung der Gutachten hat nicht nur Kriterien sondern ein Fortbildungscurriculum entwickelt.

Es soll erreicht werden auch in Niedersachsen möglichst viele ÄrztInnen, PsychiaterInnen, PsychologInnen zu finden, die sich auf eine entsprechende qualifizierte Fortbildung einlassen und bereit sind in diesem Bereich tätig zu sein.

Dabei stellt sich v.a. auch die Frage: Wie organisieren wir die Fortbildung für Ärzte mit geringem Zeitbudget? Sinnvoll sind dazu regionale Vernetzungen - bei regionalem Interesse von ÄrztInnen/ TherapeutInnen/BehördenmitarbeiterInnen etc. ist das SPUK Projekt bereit Referenten zu vermitteln und sich nötigenfalls um die technisch/organisatorische Abwicklung der Fortbildungen zu kümmern.

Es wird angeregt auch MedizinstudentInnen bzw. qualifizierte Ärzte aus verschiedenen Herkunftsländern mit einzubeziehen aufgrund besonderer sprachlicher und kultureller

Kompetenzen. Dies gilt im übrigen für die gesamte Diskussion um die Verbesserung der Gesundheitsversorgung und -vorsorge von MigrantInnen.

Dabei wird auch auf die Notwendigkeit verwiesen die Behandlung und Begutachtung zu trennen. Ein therapeutisches Verhältnis setzt ein absolutes Vertrauensverhältnis voraus, dem steht die Abhängigkeit von einer gutachterlichen Bewertung entgegen. Eine behandelnde Therapeutin kann aber sehr wohl eine (ärztliche) Stellungnahme abgeben.

Ein Problem ergibt sich aus den unterschiedlichen asyl-bzw. ausländerrechtlichen Bewertungen unterschiedlicher Trauma-ursachen (politisch motivierte Man made disaster oder familiär im Herkunftsland bedingt oder durch die Fluchterfahrungen bedingt oder oder). Je nach Ursache kann es als Abschiebehindernis gewertet werden oder nicht, die Frage der Behandelbarkeit im Heimatland wird ebenfalls davon abhängig gemacht. Hier werden oft die Glaubwürdigkeitsbeurteilungen der nicht medizinisch/psychiatrisch/psychologisch ausgebildeten Entscheider und/oder Juristen den Sachverständigen entgegengestellt und im Zweifel nicht pro Angeklagtem entschieden.

Es wird die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß eine Standardisierung der Gutachten und eine entsprechende Aufstellung anerkannter GutachterInnen (wie bspw. in Berlin) auch zu einer verbesserten Anerkennung der Gutachten bei Behörden und Gerichten führt und eine Einsicht in die Notwendigkeit von medizinisch-psychologischen Sachverständigen wächst.

Problemfocus: verlässliche, gut recherchierte, differenzierte unabhängige Länderinformationen im Hinblick auf gesundheitliche Fragestellungen:

Wer ist berechtigt Informationen über die Herkunftsländer herzugeben ?

Bsp.: Türkische Ärzte, die die medizinische Versorgung von Kurden schön schreiben ...
allgemeines Bedürfnis das eigenen Land gut darzustellen

Aktuelle Hauptthemen sind dabei neben der immer wiederkehrenden Frage der Behandelbarkeit psychischer Erkrankungen in der Türkei (siehe dazu Stellungnahme des Genralkonsulates der BRD in Istanbul) die Frage der medizinischen Versorgung für verschiedene Personengruppen im Kosovo.

Behandelbarkeit traumatischer Störungen, psychiatrischer Krankheiten für Albaner in Serbien?
Diesbezüglich gibt es gegenteilige Auffassungen von dem vor Ort tätigen UNHCR und dem Innenministerium bzw. dem Auswärtigen Amt.

Weiter Informationsquellen zum Kosovo: Michael Stengert (Anm. der Protokollantin: Michael Stengert ist nicht mehr beim Bayr. Flüchtlingsrat), UNHCR, Schweizerische Flüchtlingshilfe, Albanische Ärzte im Kosovo, Pastor Jungheim

Ein RA berichtet von positiven Erfahrungen mit der Nachfrage bei medizinischen Fachzeitschriften wegen Informationen/Spezialisten/Gutachten

Je differenzierter man eine Krankheit und ihre Folgen darstellt, desto präziser kann eine Recherche über die Behandlungsmöglichkeiten erfolgen und ggf. eine entsprechende Argumentation für ein Abschiebehindernis.

Ärzte sollen sich nicht über Behandlungsmöglichkeiten anderswo äußern, bei ihren Kompetenzen, bei ihrem Fachgebieten bleiben, aber dies möglichst detailliert beschreiben

Eine TN berichtete von vermehrten Widerrufungsverfahren gegen zuerkannte krankheitsbedingte Abschiebehindernisse, weil sich die Gesundheitsversorgung im Heimatland verbessert habe.

Problemfocus Sprache:

Im ethno-medizinischen Zentrum Hannover existiert ein umfangreicher Dolmetscherpool - in der Region Hannover dürfte es kein Problem sein auch medizinisch qualifizierte Dolmetscher zu finden (allerdings gegen Kosten, die bei Behandlungen von Krankenkassen erstattet werden, nicht jedoch bei Gutachten) Für die Region Osnabrück werden über das SPUK Teilprojekt Qualifizierung Sprach- und Kulturmittler ausgebildet. An der Uni -Klinik Hamburg-Eppendorf existiert ebenfalls ein Dolmetscherpool vorwiegend über Studenten. Im LKH Wunstorf wird ebenfalls engagiert mit Dolmetschern gearbeitet.

Rechtsanwaltskammer Celle existiert eine Liste über die Sprachkompetenzen der Anwälte im Kammerbezirk. Ähnliches sollte über die Ärztekammer für ÄrztInnen erhoben werden.

Aufträge an SPUK:

- Anfrage der Ärztekammer nach sprachlichen Qualifikationen der Ärzte Oinitiiieren - läuft z.B. regional bereits an der Küste
- Kurzes Schreiben mit der Zielrichtung qualitative Gutachten erstellen - Qualifizierungsangebote vorstellen
- Ärzteliste erstellen /Therapeutennetzwerk zur Behandlung aufbauen - hierzu sind wir auf die Mitarbeit aller angewiesen, Adressen von ÄrztInnen weiterzuleiten, mit denen positive Erfahrungen bei der Behandlung von Flüchtlingen gemacht wurden, die über Sprachkompetenzen verfügen, Interesse an Fortbildungen haben etc.
- Forum Länderinformation zur Gesundheitsversorgung im Kosovo
- Referentenpool vermitteln.
- Liste der Fachinformationen /Fachmagazine zu bestimmten Krankheitsbildern
- Vernetzungsmöglichkeiten in den nahen Osten

Vorschläge für nächste Top´s:

Wie kann eine Liste in Niedersachsen anerkannter Gutachter aussehen ?

Psycho- soziales Behandlungszentrum /Therapeutennetzwerk - Bericht über bisherige Aktivitäten, Sachstand in anderen Bundesländern

Fortbildung zu REHA- Möglichkeiten für chronisch (psychisch) kranke Flüchtlinge/Migranten
Länderinfos

Nächster Termin: 24. Januar 10 - 13 Uhr

Materialien:

- Diplomarbeit über „psychosoziale medizinische Versorgung von Flüchtlingen insbesondere Illegalen „ derzeit noch in Arbeit
- Standards zur Begutachtung psychisch reaktiver Traumafolgen (in aufenthaltsrechtlichen Verfahren) hrsg. Bundesweite interdisziplinäre AG Standardisierung
- Stand des Wissens über Traumatisierung bei Flüchtlingen von Dietrich F. Koch (Leiter von Xenion in Berlin, Vorstandsmitglied von BAFF)
- Studie zu Genitalverstümmelung in Niedersachsen (Ärztebefragung)
- Buch „Schnitt in die Seele“ hrsg. von terre des femmes - im Mabuse Verlag über Genitalverstümmelung
- „Weibliche Genitalverstümmelung - Untersuchung zur Situation von MigrantInnen in Niedersachsen „ zu beziehen über Tambacounda e.V.
- Weibliche Genitalverstümmelung als Asylgrund (3 verschiedene Urteile als vergleichende Zusammenstellung)
- Informationsblatt: Abschiebungen in den Kosovo
 - UNHCR - Stellungnahme zu Afghanistan - Bericht vom September 2003 (6S.)
 - UNHCR -Kurzstellungnahme zu Behandlungsmöglichkeiten in Serbien/Montenegro für traumatisierte Albaner an das VG Koblenz
 - Stellungnahme des Genralkonsulates der BRD in Istanbul zur „medizinischen Versorgung für psychisch kranke Menschen in der Türkei“ an das Landeseinwohneramt Berlin Abt. Ausländerangelegenheiten
 - IPPNW Broschüre „Ärzte und Abschiebung“ (Juni 2003)
 - Rechtsratgeber für ausländische Frauen in deutsch, türkisch, englisch, französisch (inclusive Rechtsinformationen bei Trennung und Scheidung, elterlicher Sorge, Arbeiten in Deutschland, Altersvorsorge, Einbürgerung) hrsg. vom „Landeszentrum für Zuwanderung , Kelderstraße 6, 42697 Solingen, 0212/ 23239-0 zusammen mit dem Frauenbüro der Stadt Aachen und der Gleichstellungsstelle der Stadt Würselen (Bezugsadresse s.o.)
 - HIV und Aids, Infobroschüre der Deutschen Aids-Hilfe e.V. in verschiedenen Sprachen